

Protokollauszug

Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport vom 26.11.2024

TOP 5. Berichte der Verwaltung

Frau Denecke und Herr Sengenc berichten aus den BBZen.

Frau Denecke, dass die Haushaltssparmaßnahmen dazu geführt hätten, dass es eine Reform im Bereich Übergang zwischen Schule und Beruf gebe. Es gebe dafür acht Teilprojekte. Beim Teilprojekt fünf gehe es um die schulischen Abschlüsse an beruflichen Schulen. Schüler*innen mit dem ersten Schulabschluss soll der Erwerb des mittleren Schulabschlusses in der Schulform Berufsfachschule I erschwert werden. Zum Sommer 2025 solle die Unterstufe bereits abgeschafft werden. Diese Schüler*innen sollen in Zukunft direkt in die Ausbildung gehen und den Schulabschluss gleichzeitig miterwerben. Das Erreichen aller Bildungsabschlüsse wird somit massiv eingeschränkt, da der mittlere Schulabschluss nur noch über die duale Ausbildung erworben werden könne. Langfristig solle die Berufsfachschule komplett eingestellt werden. Dieses Projekt betreffe beide BBZen gleichermaßen. Es müsse nun daran gearbeitet werden, die Unterstufenform in die Vorbereitung mit einem Zusatzangebot zu integrieren. Dort sei dann aber eine andere Ausstattung. In ganz kurzer Zeit sei angedacht, dass das Projekt komplett entfalle.

Herr Sengenc ergänzt, dass Schüler*innen, die in der Ausbildungsvorbereitung waren, seien ganz oft in die Berufsfachschule I gegangen danach. Diese Schüler*innen seien dann ganz aus dem Berufsschulbereich raus, weil sie ihre Schulpflicht erfüllt hätten. Die Schüler*innen seien in der Regel nicht ausbildungsfähig und die Hoffnung, dass sie in das duale System gehen, sei ein Irrglaube.

Frau Denecke erklärt, dass die Eingangsvoraussetzungen andere seien und diese könne niemand innerhalb eines Jahres in der Ausbildungsvorbereitung vermitteln. Sie kämpfen von schulischer Seite dafür, dass die anderen Maßnahmen reformiert würden. Die größte Sorge sei, dass es eine so schnelle Entscheidung und Umsetzung sei.

Herr Sengenc erklärt, dass die Berufsfachschüler*innen fünf Tage beschult würden und nach der Maßnahme würde dies nicht so sein. Die gleiche Qualität bei deutlich geringerer Beschulung sei nicht leistbar.

Herr Wagner erklärt, dass der dargestellte Sachverhalt von der Verwaltung noch aufbereitet werde.

Auf Nachfrage von Frau Rode erklärt Frau Denecke, dass in Norderstedt in der Berufsfachschule eins 260 Schüler*innen seien. Herr Sengenc erklärt, dass es in Bad Segeberg 50 in der Unterstufe und 120 in der Oberstufe seien. Wenn der Bildungsgang verloren gehe, dann verliere man die Schüler*innen für das berufliche Gymnasium, kaufmännische Assistenz und sozialpädagogische Assistenz. In diesem Jahr in diesen drei Bildungsgängen kämen 30 % der Schüler*innen aus der Berufsfachschule eins.

Frau Denecke betont, dass die Maßnahmen Folgewirkungen haben würde, die noch nicht absehbar seien. Strukturelle Besserungen seien sinnvoll und notwendig, aber nicht in dieser Form.

Herr Wagner bittet darum, dass das Thema mit in die Fraktionen genommen werde. Er erinnert, dass sie schon einmal Erfahrungen mit einem Brief des Landrates gegeben habe.

Herr Landrat Schröder erklärt, dass der Kreis als Schulträger bisher nur durch die Schulleitungen der BBZen von diesem Thema erfahren habe.

Der Ausschuss einigt sich darauf, dass der Landrat einen Brief zu diesem Thema verfassen werde und die Fraktionen sich bis zum 10.12. mit dem Thema befassen würden.